

Inhaltsprotokoll*

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr

27. Sitzung
22. Mai 2013

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 17.17 Uhr
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Geschäftliches – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Katrin Lompscher (LINKE) fragt, auf welches Vorgehen im Bundesrat sich der Senat zum bayerischen Antrag zur Wohngelderhöhung verständigt habe.

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) berichtet, der Finanzausschuss des Bundesrats habe angeregt, dass die Bundesregierung eine Gesamtkonzeption zur Optimierung der Situation der Mieterinnen und Mieter vorlegen solle. Dem habe der Senat zugestimmt. Eine Behandlung im Plenum des Bundesrats stehe aus.

Katrin Lompscher (LINKE) stellt die Nachfrage, ob der Senat die Einordnung Berlins in die Mietenstufe 5 oder 6 anstrebe, um das Wohngeld angemessen zu erhöhen.

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) teilt mit, dass er die Frage im Moment nicht beantworten könne. Er stelle eine schriftliche Information in Aussicht.

Oliver Friederici (CDU) bittet um Darstellung des Tarifabschlusses bei der BVG.

* Die in der gedruckten Fassung des Protokolls schwarz-weiß sichtbaren Abbildungen sind in der PDF-Datei in der Dokumentation des Abgeordnetenhauses in den Originalfarben dargestellt.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm) legt dar, der Tarifvertrag gelte 24 Monate und sehe für 2013 1 Prozent, für 2014 2,2 Prozent und für 2015 1,5 Prozent mehr Lohn vor. Eine längere Laufzeit erhöhe die Sicherheit für Mitarbeiter, Unternehmen und Fahrgäste. Dass der Abschluss ohne größere Auseinandersetzungen erfolgt sei, begrüße er im Interesse der Fahrgäste. Der Abschluss sei unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation der BVG mit Augenmaß erfolgt und ein vernünftiger Kompromiss.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) fragt mit Blick auf die geplante Umwandlungsverordnung, wie der Senat die Bezirke motiviere, in Kiezen mit gefährdeter Wohnbevölkerungsstruktur Milieuschutzgebiete einzurichten.

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) antwortet, zunächst müssten die Bezirke den Handlungsrahmen haben. Dann entschieden sie in ihrer Verantwortung, wie und wo sie diesen umsetzten. SenStadtUm thematisiere dies in Baustadträterunden und Bezirksamtsgesprächen. Die Situation in den Quartieren sei sehr unterschiedlich, entsprechend unterschiedlich die politische Bereitschaft in den Bezirksämtern, dieses Instrument anzuwenden. Er meine, dies könne in einem Instrumentarium mehrerer Möglichkeiten auch eine Rolle spielen.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) spricht an, dass die Bezirke Neukölln und Treptow-Köpenick – anders als die Bevölkerung vor Ort – Milieuschutzgebiete im Reuterkiez und in Alt-Treptow nicht für nötig hielten. Teile der Senat diese Ansicht?

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) verweist auf die Verantwortung der Bezirke, hier Entscheidungen zu treffen. Der Senat sehe, dass die Wohnungssituation angespannt, aber in den Bezirken unterschiedlich stark angespannt sei.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Weiterer Umgang mit Objekten der alten
Wohnungsbauförderung, die sich in der
Auszahlungs- oder Bedienphase befinden, und
solchen, die dem Wegfall der Anschlussförderung
unterliegen**
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0128](#)
BauVerk

Hierzu: Anhörung

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Erster Austausch über die Ergebnisse der
wohnungspolitischen Konferenz vom 13.11.2012 zum
Sozialen Wohnungsbau**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der
Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion)

[0094](#)
BauVerk

- | | | |
|----|---|----------------------|
| c) | Antrag der Fraktion Die Linke | 0100 |
| | Drucksache 17/0679 | BauVerk |
| | Erwerb der barrierefreien Sozialwohnungen in der Palisadenstraße durch ein städtisches Wohnungsunternehmen | Haupt |

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung (vorgezogen)

- | | |
|---|----------------------|
| Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 0048 |
| Drucksache 17/0293 | BauVerk |
| Asbestgefahr in Wohngebäuden aktuell bewerten und transparent machen | |

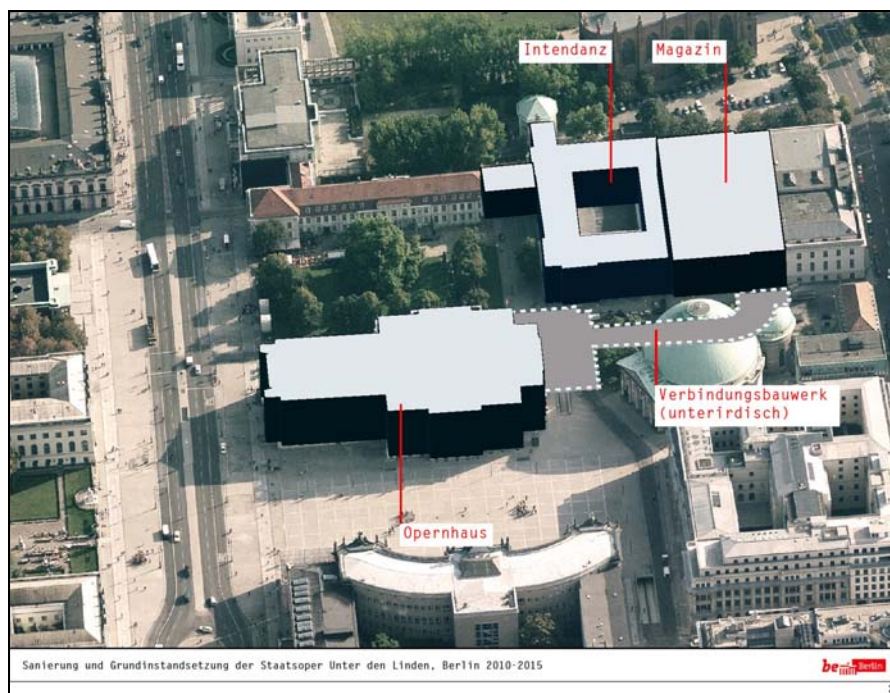
Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache mehrheitlich, dem Plenum die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|----------------------|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs | 0030 |
| | Beratung des Bauablaufs und der Kostensituation des Sanierungsvorhabens Staatsoper | BauVerk |
| | (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs | 0086 |
| | Wie weiter an der Staatsoper angesichts aktueller Probleme mit Auftragnehmern und der weiteren Umsetzung des Sanierungsvorhabens? | BauVerk |
| | (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | |

Sabine Bangert (GRÜNE) führt aus, die Kosten für die Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper stiegen unaufhörlich. Es sei davon auszugehen, dass die aktuell berechneten 296,3 Mio. Euro nicht ausreichen, denn etliche schwerwiegende Probleme seien noch nicht gelöst, u. a. der Anschluss des unterirdischen Bauwerks, der Bühnenturm und die Dachkonstruktion. Die bestehenden Risiken würden nunmehr höher bewertet als in den bisher eingereichten Ergänzungsunterlagen. Wie komme SenStadtUm zu einer höheren Risikoabschätzung? Warum sei es nicht vorher zu einer realistischen Risikoabschätzung gekommen? Dann hätte überlegt werden können, auf welche Maßnahmen man unter Kosten-Nutzen-Aspekten hätte verzichten können. Wie sollten die technischen Probleme gelöst werden? Wann sei mit einer realistischen Kosten- und Termineinschätzung zu rechnen?

Staatssekretärin Regula Lüscher (SenStadtUm) berichtet, es gehe nicht nur um die Sanierung des Opernhauses, sondern auch um die Sanierung der Intendanz, die Einrichtung eines Probebühnenzentrums im Magazinegebäude und dessen unterirdische Verbindung mit dem Opernhaus.



Hauptaspekte der Kostenerhöhung seien die Probleme in der Baugrube, die Abdichtung gegen Grundwasser und die Probleme bei der Mauerwerkssanierung und den Bauhilfsmaßnahmen im Opernhaus.

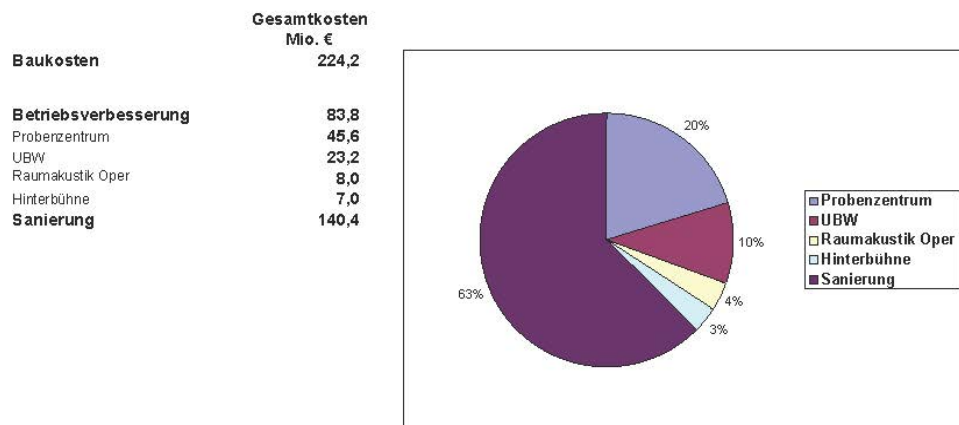
Mehrkosten gemäß Ergänzungsunterlage

	EU Mio. €	geprüfte EU Mio. €
Gesamtkosten nach genehmigter Bauplanungsunterlage BPU	242,30	242,30
Mehrkosten zur Erreichung der Sanierungsziele gemäß BPU	EU Mio. €	geprüfte EU Mio. €
Unvorhergesehene Mehrleistungen aus der Bauausführung z. B.: Baugrube, Abdichtung, Mauerwerkssanierung, Bauhilfsmaßnahmen Opernhaus davon durch Budget für Unvorhergesehenes UV abgedeckt	31,50 -17,80	29,45 -18,00
Unvorhergesehene Mehrleistungen aus der Bauausführung	13,70	11,45
Prognostizierte Mehrkosten für die Bauzeitverlängerung z. B.: Lagerflächen, Wachschatz, Sondernutzungsgebühr	3,70	3,75
Prognostizierte Mehrkosten f. vertragliche Anpassungen an d. veränderten Bauablauf	11,80	13,65
Mehrkosten aus Erstanmeldung (Anpassung und Nachrüstung der Ausstattung)	3,00	3,00
Gesamtkosten einschließlich aller Mehrkosten	274,50	274,15
Ansatz für Unvorhergesehenes für noch zu erbringende Leistungen ca. 8% von 165 Mio. € geprüft ca. 13,5% von 165 Mio. €	13,40	22,20
Gesamtkosten einschließlich Vorsorge für Unvorhergesehenes	287,90	296,30

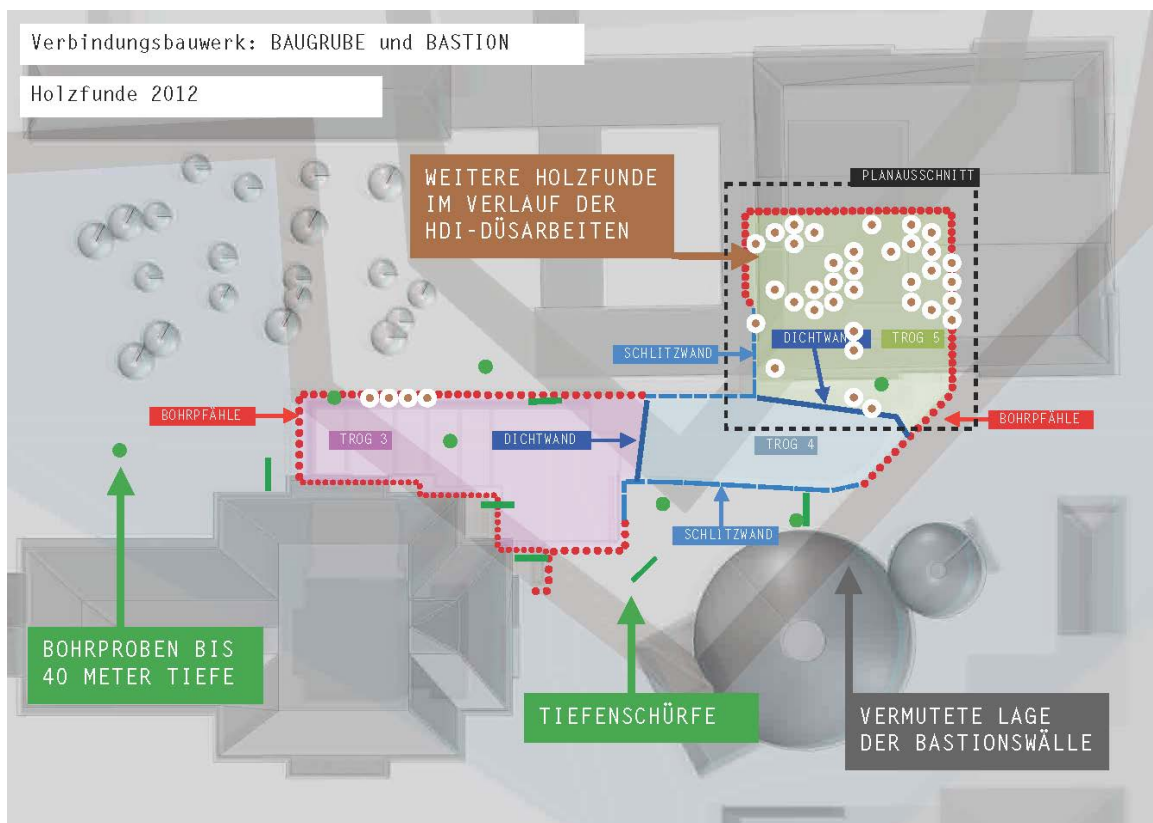
Zum Vergleich der ungeprüften und geprüften Ergänzungsunterlage: Normal sei, dass sich gewisse Differenzen zeigten. Insbesondere im Bereich Unvorhergesehenes habe die Prüfabteilung die Risiken und die Risikoversorge höher eingeschätzt. Die Hochsetzung beziehe sich auf erhebliche bauliche Risiken in drei Bauabschnitten, die sich auf das Terminrisiko auswirkten. Die ausstehenden Arbeiten machten 165 Mio. Euro aus; die Reserve sei von 8 auf 13,5 Prozent erhöht worden, was einer Gesamtreserve von rd. 15 Prozent für das ganze Bauvorhaben entspreche. Ansonsten enthalte die geprüfte Ergänzungsunterlage mehr oder weniger das Eingegebene; beim Dachgesims habe es nochmals eine größere Differenz gegeben.

Kostenverteilung zwischen Sanierung und Betriebsverbesserungen

Stand Bauplanungsunterlage (ohne Unvorhergesehenes)



Zur Kostenverteilung: 63 Prozent fließen in die Grundsanierung der Staatsoper. Es handele sich um historische Bausubstanz, die sehr marode sei. Für das unterirdische Bauwerk würden 10 Prozent angesetzt, wobei sich die Prozentanteile auf die ursprüngliche Kostenvorhersage bezögen, aber nicht wesentlich verschoben hätten.

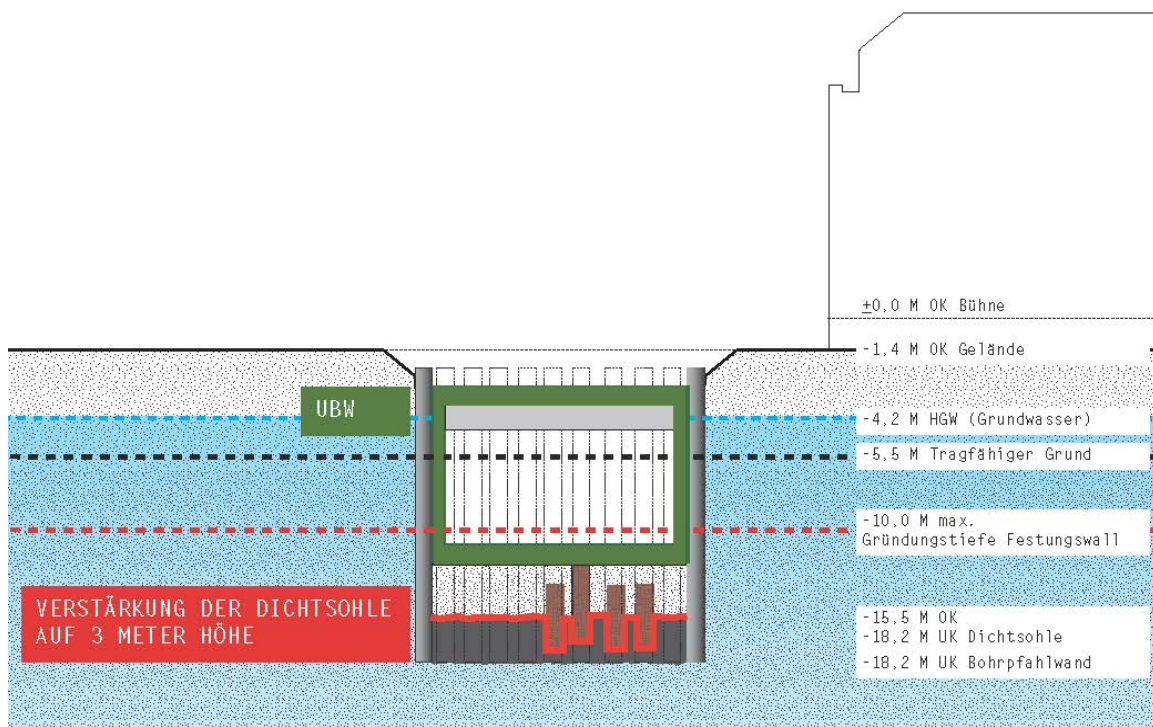


Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper Unter den Linden, Berlin 2010-2015

be Berlin

7

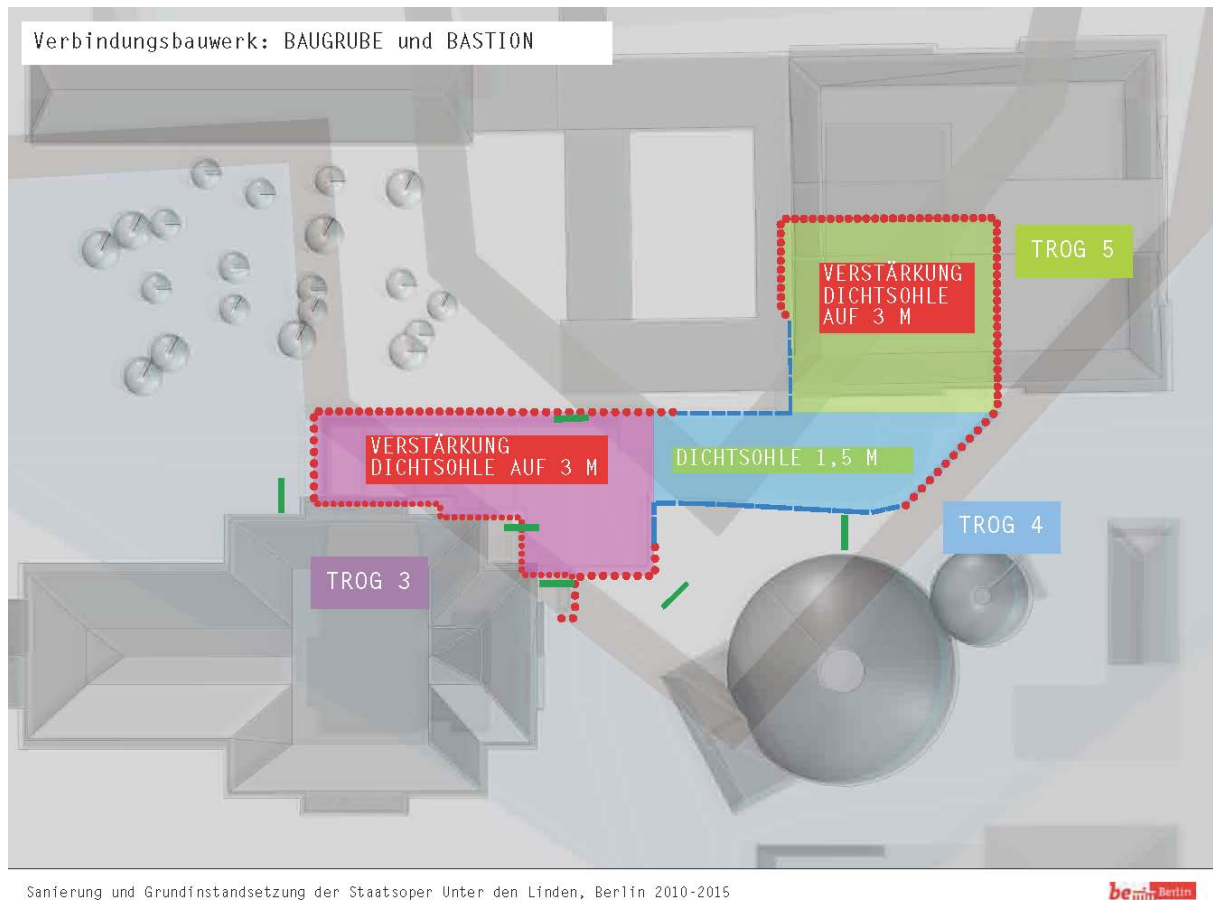
Schema Baugrube



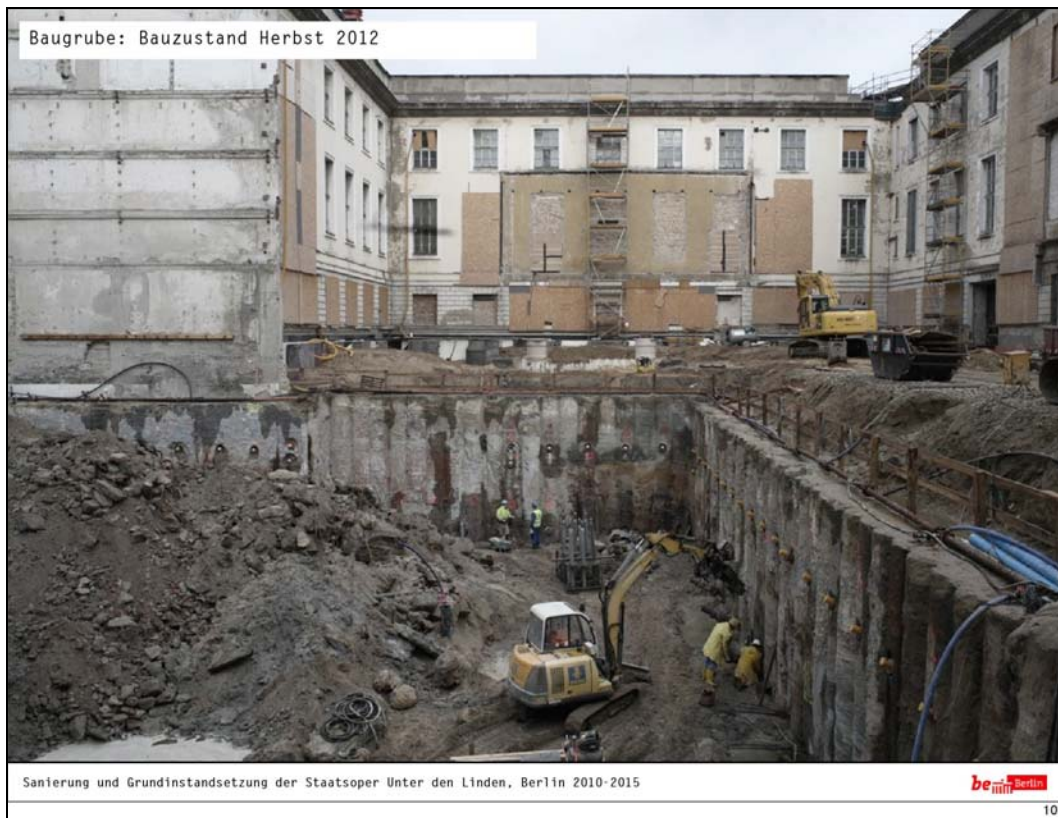
Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper Unter den Linden, Berlin 2010-2015

be Berlin

8



Zu den drei Hauptaspekten: Der Erste sei die komplizierte Baugrube im Wallgrabenbereich. Deshalb hätten vorher etliche Probebohrungen bis 40 m Tiefe stattgefunden. An anderen Stellen habe man dann aber in erheblicher Tiefe – 18 m – Holzfunde aus dem 17. Jahrhundert gemacht, die unvorhersehbar gewesen seien. Insofern habe eine Technologie entwickelt werden müssen, die dieses Problem löse, denn angesichts des Grundwasserspiegels brauche man eine dichte Sohle, bevor die Grube ausgehoben werden könne. Absenkungen in der Umgebung müssten auf jeden Fall vermieden werden. Die Verdickung der Sohle von 1,50 auf 3 m, um die Holzfunde einzuschließen, sei sehr aufwendig und zeitintensiv gewesen, was sich erheblich auf den Terminplan ausgewirkt habe. Die Baugrube sei inzwischen – wie auf dem nachfolgenden Bild erkennbar – seitlich und nach unten abgedichtet und ausgehoben worden. Prüfungen hätten gezeigt, dass die Sohle dicht sei. In die Grube könne nun der Betonkanal gebaut werden, der dann auch noch abgedichtet werde.

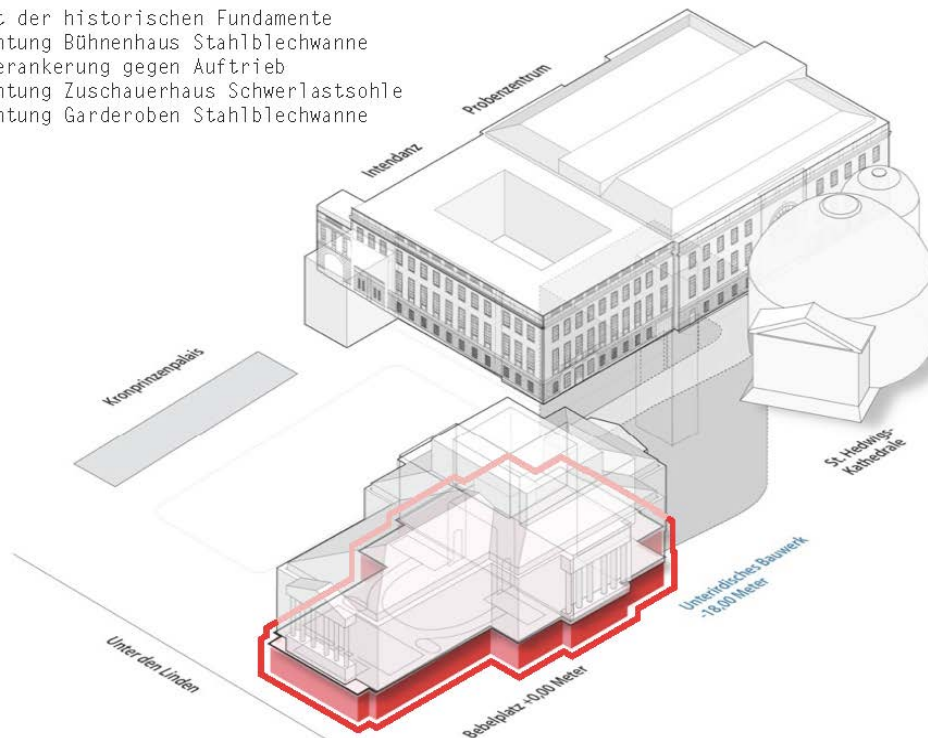


Das zweite Thema sei die komplizierte Abdichtung gegen aufsteigendes Wasser. Die Bilder zeigten den Zustand vor der Sanierung.



ABDICHTUNG GEGEN GRUNDWASSER

- Erhalt der historischen Fundamente
- Abdichtung Bühnenhaus Stahlblechwanne
- Rückverankerung gegen Auftrieb
- Abdichtung Zuschauerhaus Schwerlastsohle
- Abdichtung Garderoben Stahlblechwanne

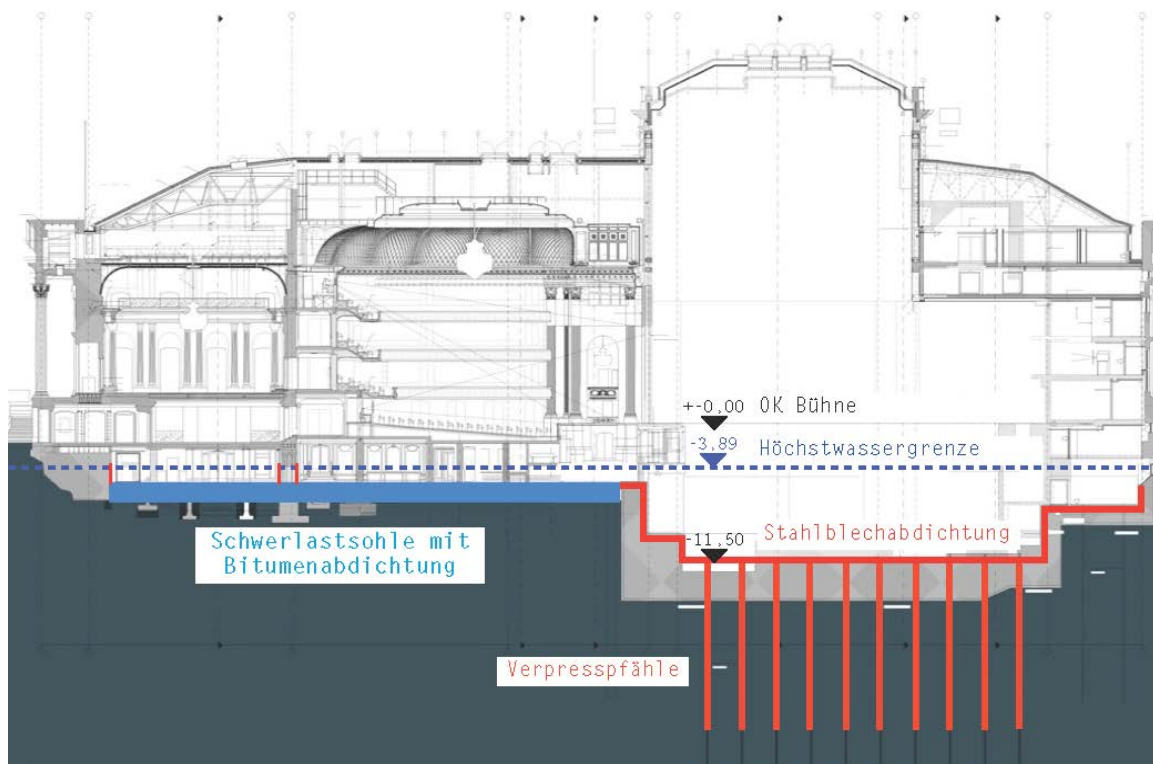


Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper Unter den Linden, Berlin 2010-2015

be+berlin

13

ABDICHTUNG GEGEN GRUNDWASSER

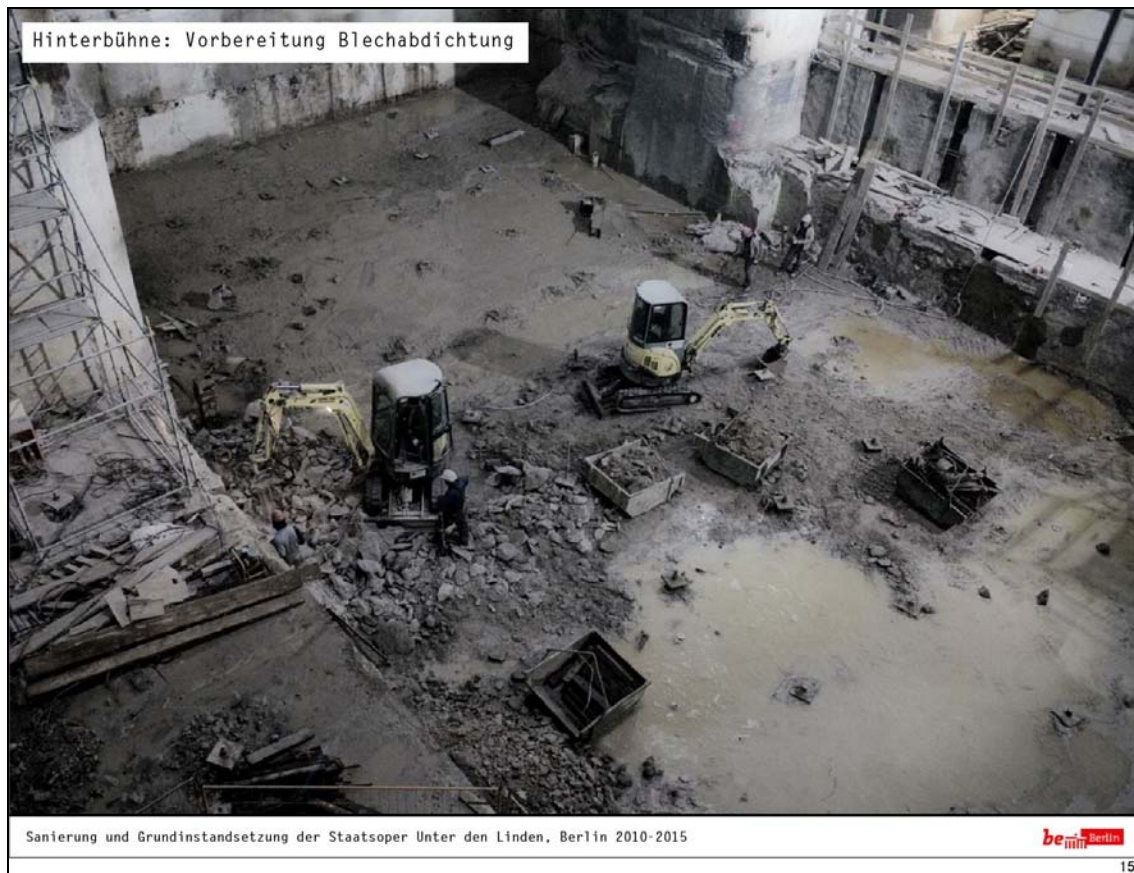


Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper Unter den Linden, Berlin 2010-2015

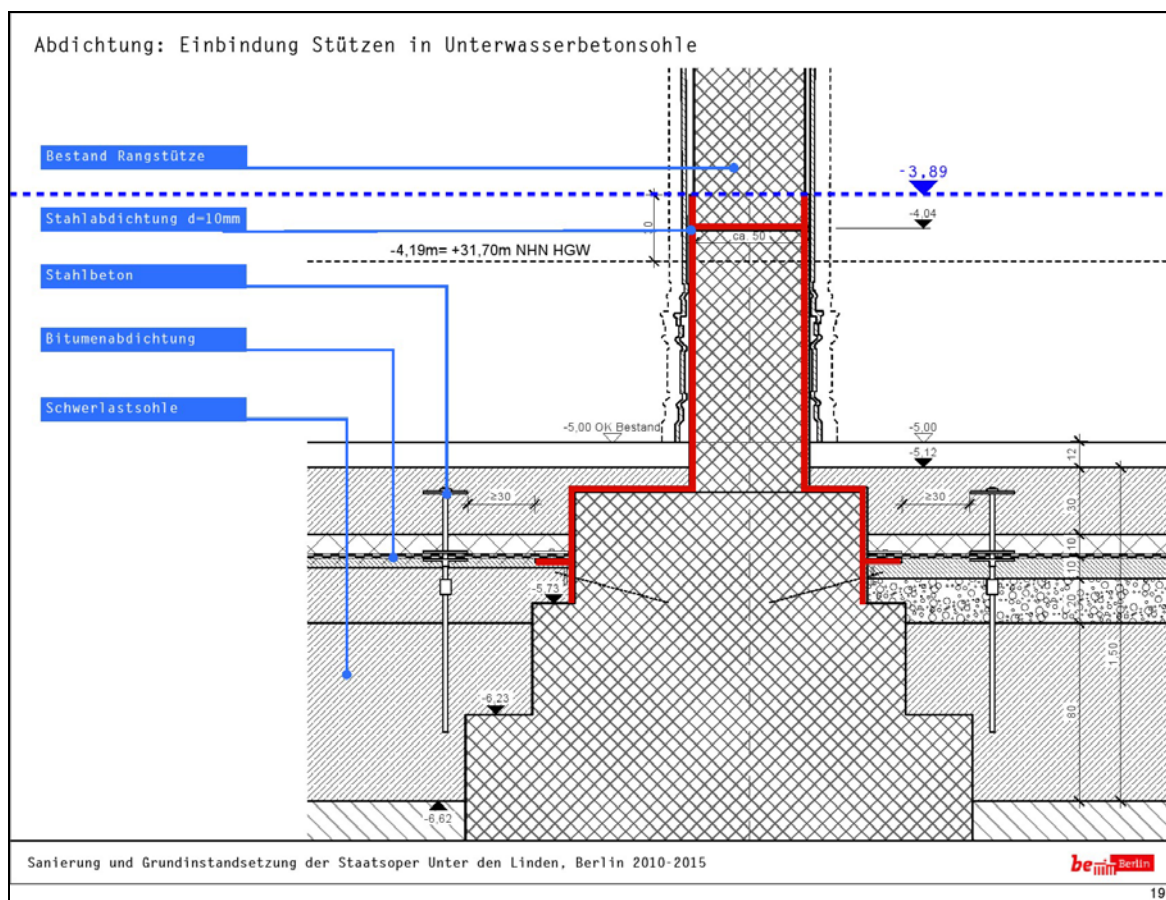
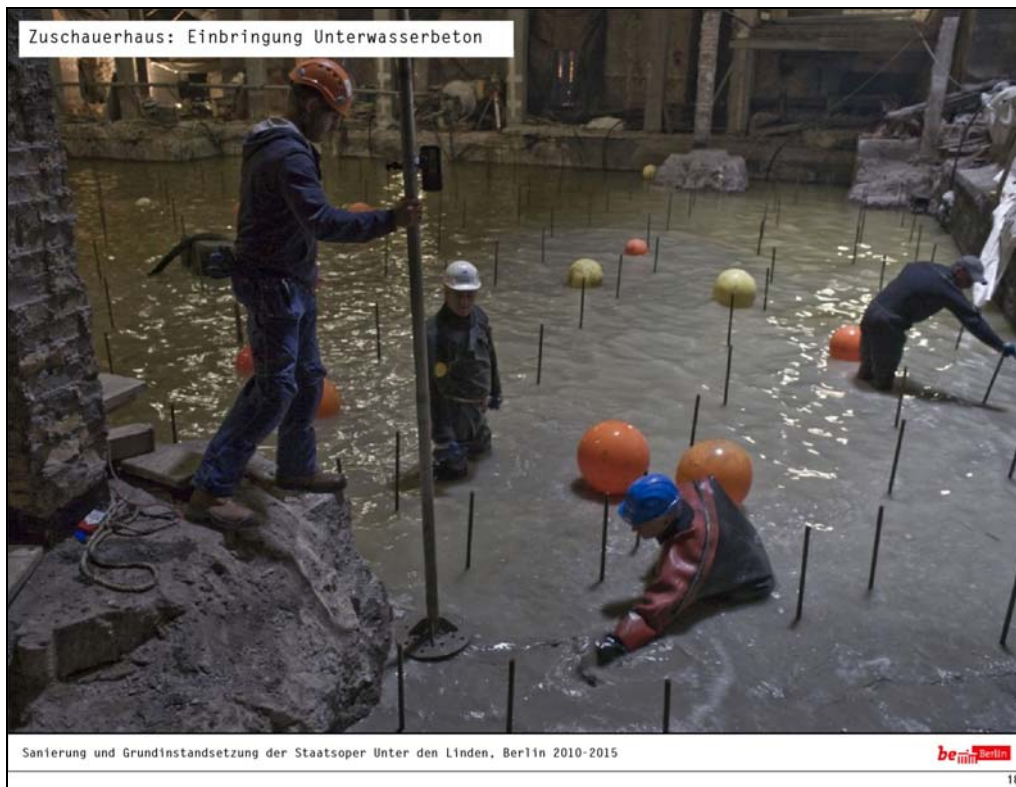
be+berlin

14

Das ganze Opernhaus werde mit einer Sohle abgedichtet, im Bereich Zuschauerraum/Apollo-saal mit einer 1 m dicken Schwerlastsohle, im Bereich Bühnenturm mit einer Stahlblechabdichtung mit Tiefenverankerung, die wegen des Wasserdrucks erforderlich sei. Mit der Verankerung der Stahlblechabdichtung habe es Probleme gegeben. Die Stahlbleche hätten ergänzt und angepasst werden müssen, was aufwendig gewesen sei, da die Maße nicht mit den Bestandsplänen übereingestimmt hätten. Eindringendes Wasser habe immer wieder zu Arbeitsunterbrechungen geführt. Für die Rückverankerung im maroden Mauerwerk habe man eine neue Befestigungsart suchen müssen, was zu Umplanungen und Verzögerungen geführt habe. Die Schwerlastsohle habe mit Tauchern eingebracht werden müssen. Am Mauerwerk und an den Stützen seien ebenfalls Stahlblechabdichtungen anzubringen. Die Anpassungen seien erst nach der Freilegung des Bestands möglich gewesen.



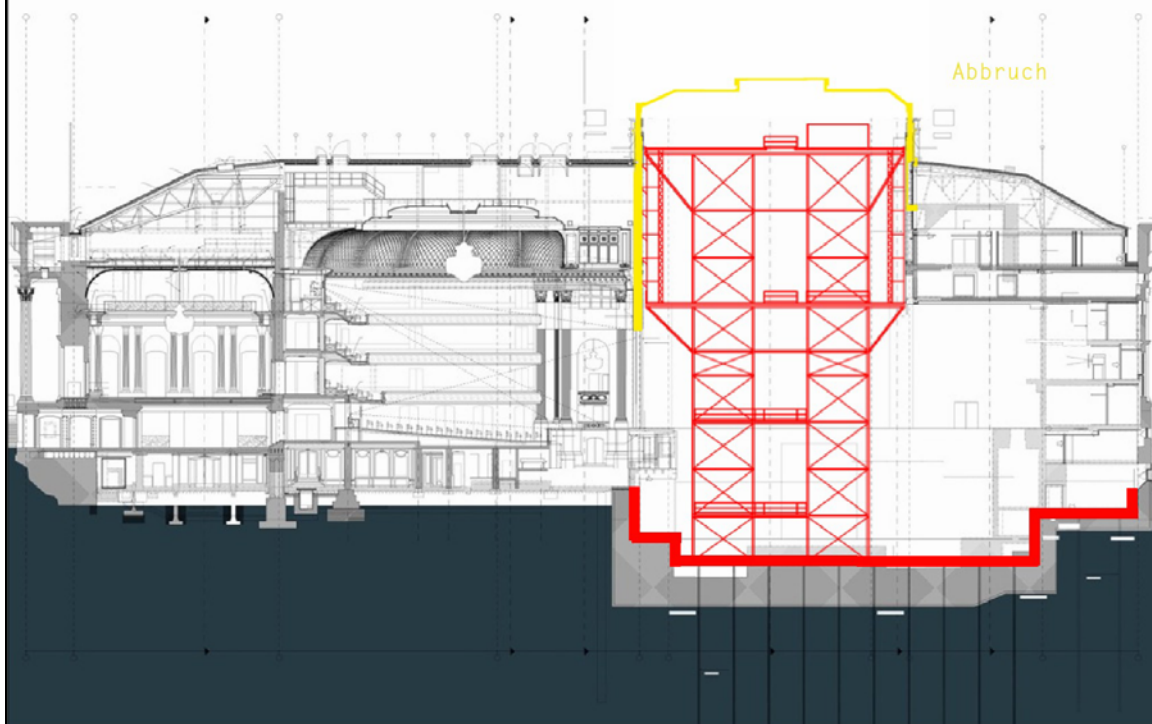






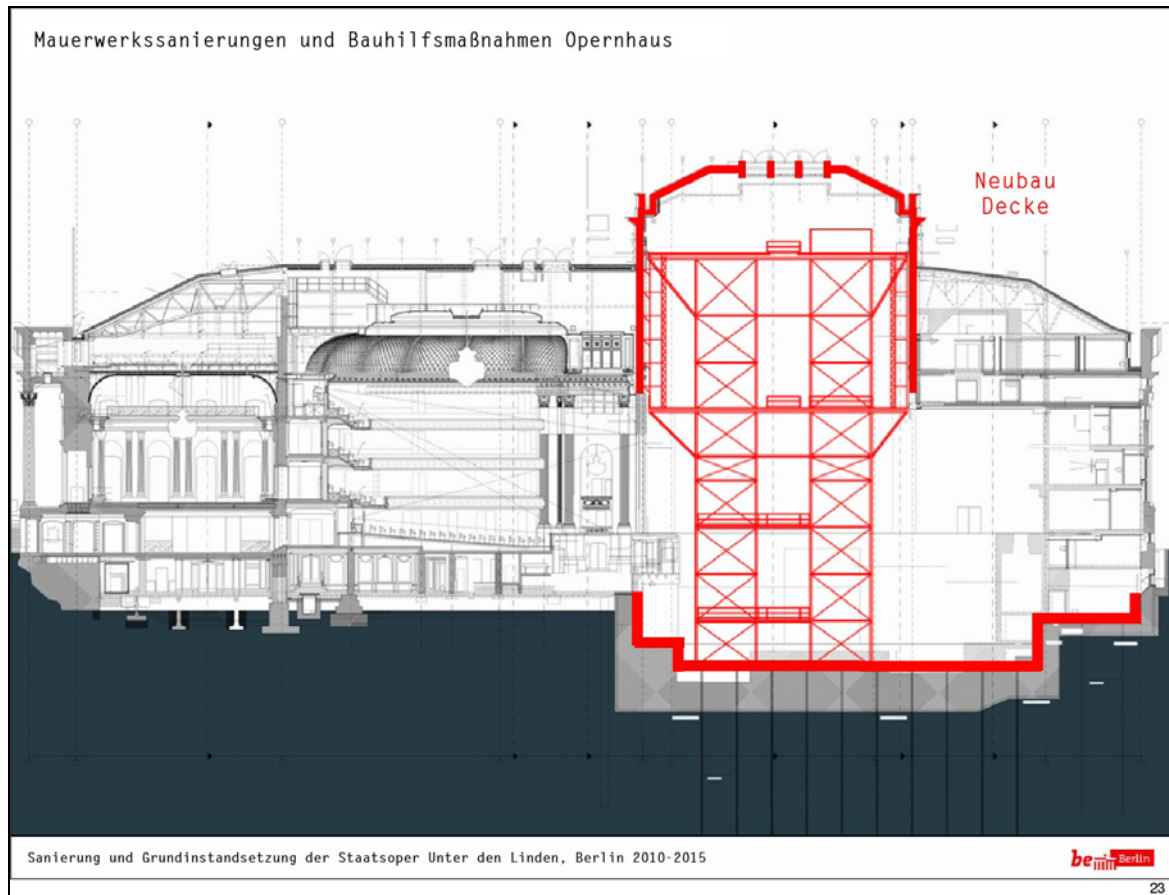
Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper Unter den Linden, Berlin 2010-2015

Mauerwerkssanierungen und Bauhilfsmaßnahmen Opernhaus



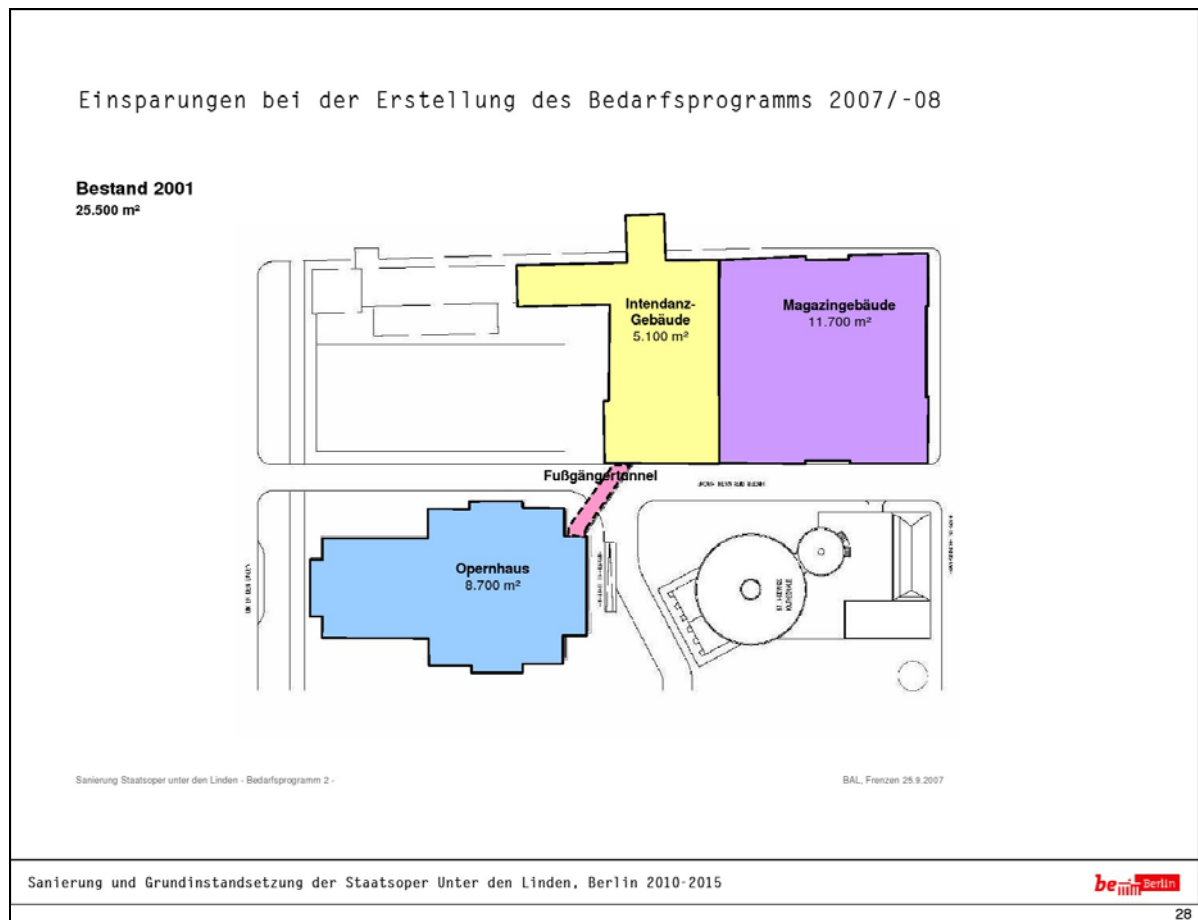
Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper Unter den Linden, Berlin 2010-2015

Das Mauerwerk sei insbesondere im Bereich des Bühnenturms so schlecht, dass man für das neue Dach eine Stahlunterstützungsstruktur brauche. Das Baugerüst sei in ein statisch wirksames Stahlgerüst umgeplant worden. Die Erstellung des Bühnenturms umfasse rund 50 statische Bauzwischenzustände, die immer wieder berechnet werden müssten. Einige Bilder zeigten den maroden Zustand des Mauerwerks und der Decken.





Wichtige Meilensteine seien der Ersatz und die Abdeckung des Bühnenturms, die Dacherstellung für den Zuschauersaal und die Erstellung der neuen Schachteltreppenhäuser, die das neue Dach trügen. Diese Meilensteine würden im Lauf der nächsten Monate erstellt. Im kommenden Winter werde das Gebäude teilweise offen sein, sodass die Wintertemperaturen den Bauablauf beeinflussen würden. Eine verlässliche Prognose des Fertigstellungstermins werde deshalb erst im Frühjahr 2014 möglich sein. Dies sei mit der Oper abgesprochen. Sie wünsche dann einen definitiven Termin für die weiteren Planungen. Inzwischen gehe sie von einer flexiblen Planung des Spielbetriebs aus, der an beiden Spielstätten stattfinden könne.



Zur Frage, ob nochmals größere Einsparungen realisiert werden könnten, weist sie darauf hin, dass man sich längst in der Umsetzung befinde und 60 Prozent der Ausschreibungen in der Zwischenzeit getätigt seien. Ein Weglassen von Elementen führte zu einer vollständigen Neuplanung und wahrscheinlich zu einem Baustopp.

Bestand 2001 seien 25 500 m² für Opernhaus, Intendanz und Magazingebäude gewesen. Im Bedarfsprogramm 2007 sei mit 19 100 m² bereits eine Reduzierung des Raumvolumens und der Kosten um 20 Prozent erfolgt. Zudem sei das Konzept entstanden, das Magazingebäude zur Hälfte als Probebühnenzentrum zu nutzen. Dies sei die erste Sparrunde gewesen.

Einsparungen bei der Erstellung des Bedarfsprogramms 2007/-08

Bedarfsprogramm 2a (gespiegelt) 25.9.2007

204.400.000 € - 20%

19.100 m²

Unterirdisches Bauwerk

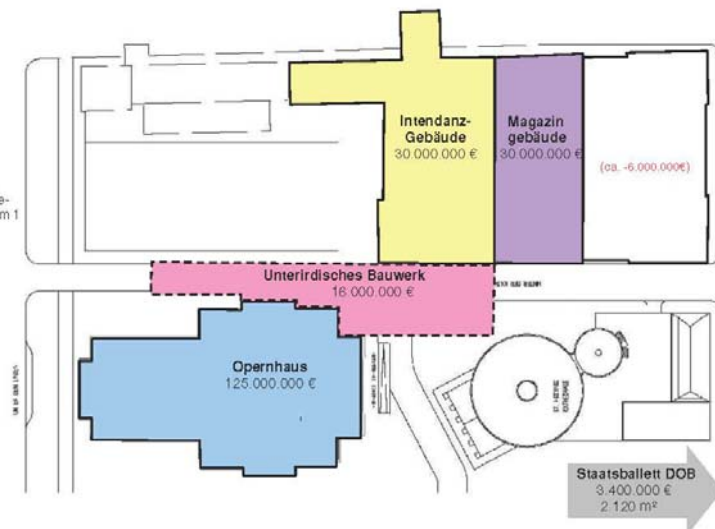
- Anlieferung
- Montage
- Lager Container

Intendantengebäude

- Bestand, ohne große Änderung, wie Bedarfsprogramm 1

Magazingebäude

- Proberäume
- Präsenzwerkstätten
- Lager
- Technik



Sanierung Staatsoper unter den Linden - Bedarfsprogramm 2-

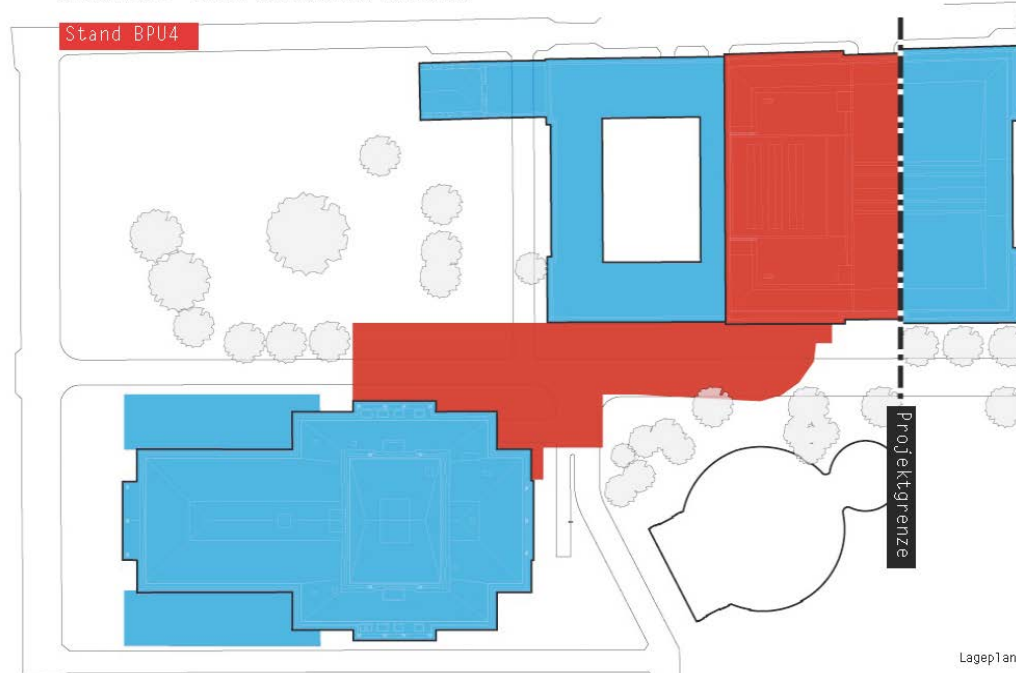
BAL, Frenzen 25.9.2007

Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper Unter den Linden, Berlin 2010-2015

be min Berlin

29

Reduktion Unterirdisches Bauwerk



Lageplan BPU4

Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper Unter den Linden, Berlin 2010-2015

be min Berlin

30

31

Im Juni 2012 seien nochmals Einsparungen erörtert und wichtige Projektziele infrage gestellt worden. Dazu gehöre bspw. die unterirdische Verbindung des Probehühnenzentrums mit dem Opernhaus. Die Abdichtungsarbeiten, die 16,4 Mio. Euro kosteten, seien aber schon zu weit fortgeschritten gewesen, sodass das Einsparvolumen nur bei rund ½ Mio. Euro gelegen hätte. Zudem wären erhebliche Umplanungen notwendig geworden, weil über den Tunnel die technische Versorgung des Opernhauses – Brandschutz, Lüftung, Heizung – sichergestellt werde. Im Opernhaus selbst sei für diese Anlagen kein Platz.

2. Entfall Anhebung Saaldecke und Entfall Nachhallraum im Opernhaus

bereits erbrachte Leistungen	1,2 Mio. €
Einsparmöglichkeiten	1,8 Mio. €
Mehrkosten	0,6 Mio. €
Einsparpotential	1,2 Mio. €

Konsequenzen:

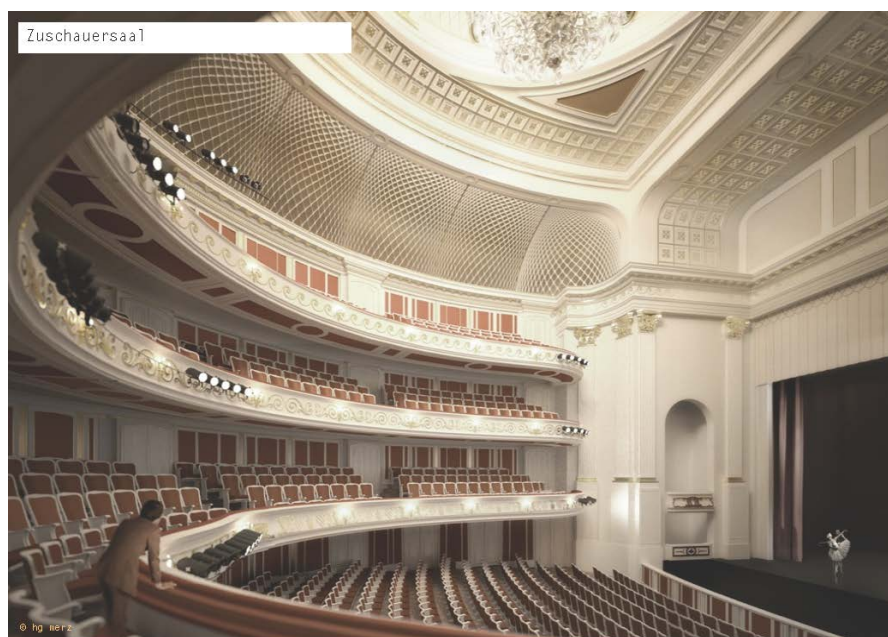
Keine Verbesserung der Akustik, Terminverzögerung durch Umplanung

Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper Unter den Linden, Berlin 2010-2015

be-min Berlin

32

Die Verbesserung der Akustik, die ein Kernziel darstelle, sei ebenfalls auf Einsparpotentiale untersucht worden. Auch hier seien die Arbeiten schon weit fortgeschritten, die Demontage/ Einlagerung erfolgt und die Vorkonstruktionen in Arbeit, sodass das Einsparpotential mit 1,2 Mio. Euro im Vergleich zu den Gesamtkosten marginal sei. Weitere Einzelpunkte sei man ebenfalls detailliert durchgegangen.



Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper Unter den Linden, Berlin 2010-2015

be-min Berlin

33

Sabine Bangert (GRÜNE) merkt an, es sei obskur, von Sparrunden zu reden, da die Staatsoper fast monatlich teurer werde. SenStadtUm habe das Dachtragwerk über Zuschauerraum und Bühnenhaus als technische Herausforderung beschrieben und Risiken bei der Einbindung der Bestandskonstruktion noch nicht einschätzen können. Seien inzwischen konkretere Ausführungen möglich? Die komplette Neukonstruktion des Bühnenturms werde als unvorhergesehen beschrieben, obwohl das Spangenberg-Gutachten ein enormes Risiko deutlich gemacht habe. Habe die 2009 von 27 auf 18 Monate verkürzte Planungszeit dazu geführt, dass nicht ordentlich hingesehen worden sei? Sei die denkmalgerechte Rekonstruktion der abgebrochenen Fassaden nach wie vor geplant, und wo werde diese veranschlagt? Weshalb verdoppelten sich die Restaurierungskosten – Stichwort Dachgesimse –, und weshalb sei dies angesichts des denkmalpflegerischen Gutachtens nicht absehbar gewesen? Man habe noch eine Bauzeit von drei Jahren vor sich. Überlege SenStadtUm, das eine oder andere wegzulassen? Sie vermissem eine Bewertung, welche Maßnahmen notwendig und welche verzichtbar seien.

Katrin Lompscher (LINKE) konstatiert, dass man ohne die bisherigen Kostensenkungsmaßnahmen schon bei 350 Mio. Euro wäre, wobei ihr der Ansatz von 4 Mio. Euro für die Anhebung der Decken abenteuerlich niedrig erscheine, sodass sich die Frage stelle, ob weitere Kostensteigerungspotentiale bestünden. Die Probleme mit dem Untergrund und dem Grundwasser könnten bei der Erstellung des Bedarfsprogramms nicht unbekannt gewesen sein. Beim unterirdischen Bauwerk sei offenbar mit 30 statt 16 Mio. Euro zu rechnen. Beim Opernhaus würden die 125 Mio. Euro deutlich überschritten, offensichtlich seien die Probleme bei der Bauaufstellung und ersten Kostenschätzung nicht erkannt oder kleingerechnet worden. Sie frage nach den Gesamtkosten für das Opernhaus und den Einsparungen durch die Aufteilung des Magazingebäudes in Magazin und Ballettwerkstatt. Sie nehme an, dass man damit auch nicht unter 30 Mio. Euro kommen werde.

Wolfram Prieß (PIRATEN) gesteht zu, dass die Holzpfähle schwer kalkulierbar gewesen seien. Dies gelte nicht für die mangelhafte Bausubstanz in Bezug auf die Stahlplattenabdichtung und den Bühnenturm. Daher stelle sich die Frage, ob eine unzulängliche Bestandsaufnahme zu der Kostenexplosion geführt habe oder die Kosten schöngerechnet worden seien.

Staatssekretärin Regula Lüscher (SenStadtUm) erklärt, dass Probleme mit dem Untergrund vorhersehbar gewesen seien. Entsprechende Techniken habe man vorgesehen. Allerdings sei die Herstellung der Baugrube mit Schlitzwänden geplant worden und aufgrund der Holzfunde eine Umplanung erforderlich geworden, die nicht vorhersehbar gewesen sei. Bohrpfählungen seien komplizierter, aufwendiger und teurer. Für Unvorhergesehenes 15 Prozent anzusetzen, sei seinerzeit nach ihrer Kenntnis nicht möglich gewesen. Es gebe Einschränkungen durch die Haushaltsordnung. Vor der Aufstellung des Bedarfsprogramms werde die Bausubstanz probeweise, aber nicht flächendeckend untersucht. Danach machten sich die Ingenieure ein Bild und schlugen Konstruktionsvarianten vor. Das Mauerwerk sei nach unten teilweise großflächig marode gewesen. Im hinteren Bereich habe man die Stahlplattenabdichtung vorgesehen, allerdings erst nach Ausbau der Bühnentechnik festgestellt, dass die Bestandspläne stark abwichen. Diese Dinge seien nicht vorhersehbar gewesen. Mit dem Baufortschritt nähmen die Risiken aus dem Bestand ab. Der Bühnenturm sei kein vollständiger Neubau; die Substanz spiele eine Rolle. Der Wiederaufbau der denkmalgeschützten Mauer sei in den Kosten enthalten. Der Abbruch sei eine bauseitige Sparmaßnahme gewesen. Nach Aufstellung eines Bedarfsprogramms 20 Mio. Euro einzusparen, sei richtig viel. Die Nachhallgalerie sei ein großer Diskussionspunkt hinsichtlich der Gestaltung und denkmalgerechten Sanierung gewesen, ma-

che aber bei den Kosten keinen großen Teil aus. Allein für die Grundsanierung ohne Verbesserungen der Technik und Akustik und ohne Probebühnenzentrum seien rund 65 Prozent der Kosten anzusetzen. Die Kostenanteile veränderten sich nicht wesentlich.

Hermann-Josef Pohlmann (SenStadtUm) berichtet, der Bühnenturm stehe auf vier großen Fundamenten. Bestandteil des Bedarfsprogramms und der BPU seien eine neue Unter- und Obermaschinerie. Die neue Obermaschinerie sei schwerer und solle höhere Lasten ziehen. Das vorhandene Stahltragwerk erhalte ein Paralleltragwerk, um diese Lasten aufzunehmen. Der Bühnenturm solle optisch nicht erhöht werden, man brauche aber mehr Höhe, deshalb werde der Bühnenturm im mittleren Bereich leicht erhöht, um darunter die Technik zu verstecken. Dazu müsse das Dach weggenommen werden, was die Konstruktion weich mache. Der Turm werde deshalb temporär mit einem großen Stahlgerüst umklammert. Nach Aufsetzen des Dachs würden Teile dieser Konstruktion genutzt, um die Obermaschinerie zu montieren. Abriss und Neubau des Bühnenturms hätten unten zu einem Auftrieb geführt, sodass flankierende Maßnahmen erforderlich geworden wären. Trogbauweise des unterirdischen Bauwerks und Abdichtung gegen drückendes Wasser seien immer Gegenstand der Untersuchung gewesen, wesentliche Substanzuntersuchungen habe man aber erst nach Auszug der Oper machen können. Hätte man erst nach dem Auszug Untersuchungen angestellt und mit der Planung begonnen, wäre man auf Planungs- und Bauzeiten von über einem Jahrzehnt gekommen und hätte am Ende wahrscheinlich die gleichen Kosten festgestellt.

Staatssekretärin Regula Lüscher (SenStadtUm) weist darauf hin, dass die Kostenermittlung vor Erstellung eines Bedarfsprogramms eine Kostenungenauigkeit von plus/minus 30 Prozent und die Kostenschätzung in der Phase des Bedarfsprogramms von immer noch plus/minus 20 Prozent habe. Nach der LHO dürften solche Kostenungenauigkeiten bei vertiefterer Planung auch fortgeschrieben werden. Es sei für die Bauabteilung und die Architekten schwierig, in einer frühen Phase eines Bauvorhabens bereits auf ein Kostendach festgelegt zu werden und eine Punktlandung zu machen. Der Anteil für Unvorhergesehenes könne nicht unendlich hoch angesetzt werden. Mit vertiefterer Planung und größerem Wissen steige dann die Kosten- und Terminsicherheit. Die Kosten seien nicht schöngerechnet worden.

Vorsitzender Andreas Otto merkt an, wenn man mit 180 Mio. Euro geplant hätte, wäre man demnach jetzt im Limit. – Er schließe den TOP damit ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.